

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expeditionen in Leipzig (Querstraße Nr. 8) und Dresden (bei G. Höfner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2.)

Preis für das Vierteljahr 1 1/4 Thlr.; jede einzelne Nummer 1 Ngr.

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

## Deutschland.

× **Berlin, 7. April.** Die Agitationen der süddeutschen Staaten für gewisse Reservationen bei der hiesigen Zollconferenz fangen denn doch an, eine consistentere Gestalt anzunehmen. Namentlich kommt dieselbe unsern officiellen Kreisen sehr befreundend vor, weil man in solcher Weise darauf nicht gerechnet hatte. Zu den Beratungen in Bamberg treten jetzt die in Darmstadt, bei welchen außer Baiern, Württemberg und Sachsen auch Baden, Hessen-Darmstadt, Kurhessen und Nassau sehr zahlreich vertreten sein werden. Wie uns nun von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, geht der Kernpunkt jener Beratungen darauf hinaus, daß gleichzeitig bei den Unterhandlungen auf dem hiesigen Zollcongresse zur Reconstitution des Zollvereins über einen Handels- und Zollvertrag mit Oesterreich unterhandelt werden soll, sodas beide Verträge, der des Zollvereins als solcher und der des Zollvereins mit Oesterreich, zu gleicher Zeit zum Abschlusse gelangen. Jene süddeutsche Coalition von Darmstadt würde sich nicht eher auf Unterhandlungen definitiver Natur einlassen, bis man sich zu einer gleichzeitigen Unterhandlung mit Oesterreich zum Abschlusse eines Handels- und Zollvertrags verpflichtet und diese Unterhandlungen unmittelbar nach Zustandekommen des ersten rohen Entwurfs aufnimmt. Die Ratification des Zollvereinsvertrags werde aber nur gleichzeitig mit der Ratification des mit Oesterreich vereinbarten Handelsvertrags angenommen werden. Es fragt sich nun, was man zu thun beabsichtigt, wenn Preußen diesen Antrag pure ablehnt, und da sollen Baiern, Württemberg und Kurhessen allerdings für ein Abbrechen der fernern Zollvereinsverhandlungen gestimmt sein, während Sachsen, Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau mehr zur Nachgiebigkeit sich geneigt zeigen. Freilich soll Baiern die Absicht haben, da es drei Vertreter nach Darmstadt geschickt hat, an deren Spitze der Premier v. d. Pfordten steht, auch die andern dort vertretenen Staaten zum eventuellen Austritte zu veranlassen. Wenn dagegen einzelne Blätter melden, daß Baiern die Absicht habe, eine dritte Zollgruppe unter seiner Führung zu bilden, so ist dies gänzlich ungegründet; denn es gehört wenig Einsicht und Selbsterkenntniß dazu, um nicht zu begreifen, daß ein solcher Plan eine Absurdität sein müsse. Deshalb ist es auch noch sehr dunkel, welchen Plan Hr. d. Pfordten hat, den derselbe als Surrogat für den Zollverein bei einem etwa erfolgenden Austritte in Darmstadt in Vorschlag bringen wird. Wir sind der Meinung, daß man nur eine imponirende Massenstellung gegenüber Preußen einnehmen will, um dieses durch eine sehr ernstlich aussehende Drohung zum Eingehen auf den gleichzeitigen Abschlusse eines Handelsvertrags mit Oesterreich zu bewegen. Denn, so wird man sich sagen, ist es die ernstliche Absicht Preußens, einen Handelsvertrag mit Oesterreich abzuschließen, so muß es dies gleich thun, sonst liegt die Vermuthung nur zu nahe, daß es ein leeres Versprechen sei, worauf Preußen zwar formell eingehen, allein, nachdem der Zollverein gesichert, solche Bedingungen stellen wird, die man dort nicht gut annehmen kann, um so sich unter einem plausibeln Vorwande zurückzuziehen. Es ist aber auch nicht zu zweifeln, daß die jetzige darmstädter Conferenz lediglich das Werk Oesterreichs ist und daß man sich in Wien bereits der Hoffnung hingibt, daß es gelingen wird, diese gleichzeitigen Unterhandlungen zu Stande zu bringen. Zu diesem Zwecke soll denn auch bereits der ehemalige österreichische Handelsminister Fehr. v. Brud nach Wien berufen sein und den Auftrag erhalten haben, für den Fall des Gelingens hierher zu gehen und mit einem bedeutenden diplomatischen Personale die Unterhandlungen zu führen. Daß diese ganze Eventualität lediglich von der Haltung Preußens abhängen wird, bedarf keiner weitem Erwähnung; und so sehr auch jeder Freund der politischen wie staatsökonomischen Unabhängigkeit Preußens und des Zollvereins wünschen muß, daß man sich nicht auf diese Weise in die Enge treiben lasse, so berechtigt die Vergangenheit unsers Ministeriums nicht zu der Voraussetzung, daß Preußen hier einmal ausnahmsweise fest, entschieden und rücksichtslos auftreten wird, um wenigstens seine Unabhängigkeit und historische Macht im Zollvereine zu erhalten.

× **Berlin, 7. April.** Unter den Mitgliedern des Deutschen Zollvereins sind die Meinungen über den richtigen Zeitpunkt für die Verhandlungen mit Oesterreich sehr verschieden. Mit den thüringischen Herzogthümern sind es noch einige andere kleinere Staaten, die schlechterdings sich gegen sofortige Verhandlungen mit Oesterreich aussprechen, weil man nur Erfahrungen über die bisherigen Verhältnisse im Zollverein, nicht aber über die Folgen der Modification desselben besitze. Es bestätigt sich, daß von dieser Seite ein Antrag auf den Congres gebracht wird, welcher die Unterhandlungen resp. einen Vertragsabschlusse des restaurirten Zollvereins mit Oesterreich auf Jahresfrist ausschließen will. — Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet, daß eine Partei der freien Stadt in der That schon ent-

schlossen ist, die Entscheidung in der Verfassungsfrage in die Hände der Bundesversammlung zu legen und daß man von dieser Seite eine anderweitige Verständigung über die Verfassung sich nicht mehr weiter angelegen sein läßt.

△ **Berlin, 7. April.** Für die außerpreussische Presse Deutschlands wird die Debatte über die Zeitungsteuer, welche sofort nach den Ferien stattfinden soll, von speciellem Interesse sein. Die Commission der II. Kammer schlägt bekanntlich für die außerhalb Preußens erscheinenden Blätter eine Steuer von 25 Proc. des am Orte ihres Erscheinens geltenden Abonnementspreises, mindestens aber für Wochenblätter 15 Sgr., für zwei oder dreimal wöchentlich erscheinende Blätter 1 Thlr., für öfter erscheinende Blätter 2 Thlr. 15 Sgr. Steuer per Jahrgang vor. Dies „mindestens“ zeugt nicht eben von großer Sachkenntniß. Denn in ganz Deutschland kostet kein einziges politisches Blatt 10 Thlr. jährlich, was doch der Preis wäre, der bei 25 Proc. Steuer 2 Thlr. 15 Sgr. Aufschlag zu erleiden haben würde. Durchschnittlich kosten die politischen Tageblätter zwischen 5 und 7 Thlr. jährlich, die Steuer von 2 1/2 Thlr. würde demnach 40—50 Proc. durchschnittlich betragen. Unter solchen Umständen wäre es jedenfalls aufrichtiger, dies zu sagen, statt 25 Proc. anzugeben, die sich im concreten Falle als eine Fiction erweisen. Von der Ehrenhaftigkeit der preussischen Presse ist zu erwarten, daß sie sich gegen diese unmäßige Besteuerung ihrer deutschen Kollegen ebenso entschieden wie gegen das Project im Allgemeinen aussprechen wird. Außerdem aber wird die Frage auch vom Standpunkte des internationalen Verkehrs schweren Bedenken unterliegen. Was im eigenen Staate eine gerechtfertigte Finanz- und Polizeimaßregel sein kann, ist deshalb noch nicht für andere Staaten gerechtfertigt. Bis jetzt steht in den Zollvereinsverträgen noch nichts von einer Steuer auf weißes oder bedrucktes Papier, oder auf Zeitungen, die von einem Zollvereinslande in das andere eingeführt werden und wir glauben nicht, daß Preußen berechtigt ist, eine solche Steuer auf zollvereinsländische Zeitungen zu legen, ohne sich zuvor darüber mit den betreffenden Regierungen zu verständigen.

\* **Arnstadt, 7. April.** Der hiesige Verein zur Unterstützung der Rothleidenden in den schwarzburgischen Walddörfern hat auf seine Ansprache von dem hiesigen Verein zur Abhülfe der Noth im innern Deutschland die bedeutende Summe von 900 M. Bco. erhalten, und ist ihm diese Summe durch ein leipziger Haus baar in 454 Thln. 16 Sgr. übermacht worden.

□ **Hannover, 7. April.** Die Nr. 18 des Preussischen Wochenblattes bringt einen ersten Brief „aus der Provinz“, der das Thema von einem neu erstandenen politisch-religiösen Jesuitismus behandelt, welcher seinen Haupt- und Mittelpunkt in Berlin habe. Es ist damit das System der Kreuzzeitung gemeint, die von ihrer Grundanschauung aus zu der Consequenz gelange, die Maxime, daß der Zweck die Mittel heilige, wenn auch nicht theoretisch zu proclamiren, doch praktisch zu üben. Wir lesen in dem Aufsatze am Schlusse nachstehenden Satz:

Das Gesetz, die Schranke und Schutzwehr der Freiheit, ist diesen modernen Jesuiten natürlich im Allgemeinen sehr heilig. Aber wenn es gilt, die „ständische Gliederung“, dieses göttliche Fundamentalgesetz jeder denkbaren Staatsordnung (?) und mit ihr die verrotteten Privilegien des Landadels herzustellen, so ist es um dieses „guten Zweckes“ willen, dem alles Andere sich unterordnen muß, erlaubt, ja geboten, mit Aufbietung aller dialektischen Künste den „dürstigen Buchstaben des Gesetzes“ jenem ewigen Recht anzupassen, oder, wenn es nicht anders geht, gegen das klare, unzweideutige Gesetz sich geradezu auf sein „Gefühl“ zu berufen. Selbst das eibliche Gelöbniß erhält auf diese Weise seine Ausdeutung. Es bezieht sich ja nicht auf die Verfassungsurkunde; bei Leibe! das wäre gottlos, mit diesem Stück Papier solchen Götzendienst zu treiben; sondern auf die ganze Landesverfassung, das heißt alle Einrichtungen seit und vor 1850, 1848, 1847, 1840 und wer weiß wie weit zurück; und da dieselben in unlösbarem Widerspruch miteinander stehen, so hindert der Eid uns nicht, ja er verpflichtet uns, diejenigen Stücke, die dem ewigen Rechte oder unserer Vorstellung davon am meisten entsprechen, auszuwählen, und nur diese zu halten, die andern über Bord zu werfen. Denn also fordert es der „gute Zweck“. Was es auch koste, gesunde grammatische oder logische Auslegung, klarer Buchstabe des Gesetzes, beschworene Pflicht — wir müssen zurück zu Dem, was nach der Versicherung dieser Schule politischen Jesuitismus allein berechtigt, weil er das unzertrennbare Fundament göttlicher Ordnung auf Erden ist.

Der böse Geist dieses Jesuitismus geht auch bei uns um. In dem Organ unseiner extremen Adelpartei, der Neuen Bremer Zeitung, wird dieselbe Lehre gepredigt: Bei seinem Eide muß der König die Verfassung halten — heilig ist ein Eid, heilig sei dem Könige, sei Jedermann die Verfassung; aber die Verfassung, das ist nicht das Landesverfassungsgesetz vom 5. Sept. 1848, sondern dazu gehört mehr, und vor allen Dingen gehören dazu die provinziallandtschaftlichen, die Adelsrechte, welche durch jenes Gesetz gekränkt sind, das der König also zum wenigsten insoweit bei seinem Eide

brechen muß etc. Mag sich Niemand wundern, daß die Frage, ob die beiden bürgerlichen Minister ausscheiden werden oder zwei adelige, Hannover in solche Spannung versetzt. Nach sichern Nachrichten will selbst der eine derselben (H. v. Borries) oder wollen beide keineswegs eine Restitution der alten Adelscurien, sondern daß die größten Grundbesitzer, die bürgerlichen gleich den adeligen, zu den Ritterschaften, kleinere, und selbst diesen jetzt angehörende adelige, nicht dazu gehören sollen. Allein man identifiziert nun einmal die H. v. Borries und v. d. Decken oder sämtliche adelige Minister mit der extremen Adelspartei oder glaubt zum wenigsten, daß sie derselben würden den Willen thun oder weichen müssen. Und nach dieser Voraussetzung ist jene Frage mit der identisch, ob in Hannover der politische Jesuitismus den Sieg davontragen soll oder nicht. Das Publicum läßt es sich nicht nehmen, daß im Augenblicke die Chancen wieder ungünstig ständen für die H. v. Borries und v. d. Decken, die etwa den H. v. Hammerstein und v. Benning weichen würden.

**Bremen, 7. April.** Die Senatscommission zur Leitung der Vertretterwahlen macht heute bekannt, daß die Wahlen der verschiedenen Classen vom 20. April bis zum 5. Mai stattfinden werden.

### Frankreich.

**Paris, 5. April.**

Der Constitutionnel veröffentlicht unter dem Vorwande, eine Broschüre über die „Flotte im Jahre 1852“ zu besprechen, einen langen Artikel, der die hohen Marineoffiziere sehr in Bewegung setzt, denn es wird darin den schon bejahrten Befehlshabern der Flotte der Proceß gemacht und auf Beförderung junger Offiziere gedrungen, was als ein Hauptmittel bezeichnet wird, die französische Marine in einen kriegsfähigen Zustand zu setzen. Auch andere Reformen werden empfohlen, unter andern die Verlängerung der Dienstzeit in der Marinearmee und die Wiederherstellung der Füsiliergarnisonen in den Kriegsschiffen. Die materielle Ueberlegenheit Englands schlägt der Constitutionnel nicht hoch an, indem er sagt: „Wenn wir nochmals zum Kampf mit diesem furchtbaren Rivalen gezwungen wären, so könnte ein kühner Streich, einige glückliche Schlachten seiner Macht den verderblichsten Schlag beibringen. Nur müssen wir uns schon lange vorher auf alle Fälle zu rüsten verstehen.“

Man spricht davon, daß Frankreich mit der Regierung von Hessen-Kassel wegen Beschluß eines Vertrags zur gegenseitigen Auslieferung von Uebelthätern unterhandelt. Ähnliche Unterhandlungen sollen mit mehreren andern deutschen Regierungen zweiten Ranges gepflogen werden.

Der Impartial de la Meurthe meldet: Ein Circular des Unterrichtsministers macht es den Professoren an den Collegien zur Pflicht, die langen Bärte abzuschneiden, weil diese nur zu oft Zeichen von Ideen seien, die nicht mehr auf der Tagesordnung stehen.

Man schätzt die von den Journalen im Allgemeinen seit dem 2. Dec. erlittene Einbuße an Abonnenten auf ein Fünftel. Der Constitutionnel zählt augenblicklich etwa 28,000, der Siecle 23,000, die „Presse“ 16,000, das Journal des Debats 14,000, das Pays 12,000, die Estafette 12,000, die Assemblée nationale 9000, die Union 5000 Abonnenten.

Auf dem Carrouselplatz, wo eine Menge von alten Häusern niedergegriffen wurde, steht ein Pfeiler, an welchem ein Bret mit der Aufschrift: Place Napoléon, befestigt ist. Wie man sagt, wird dieser Platz in der That den Namen ändern.

Der amerikanische General Peister-Watt ist in Paris angekommen. Er wurde von seiner Regierung nach Frankreich geschickt, um die besondern französischen Waffengattungen, insbesondere die Jäger von Vincennes, näher kennen zu lernen. Die amerikanische Regierung gedenkt ein Truppencorps dieser Art zu gründen.

### Großbritannien.

**London, 5. April.**

Die diplomatische Correspondenz über die Flüchtlingsfrage liegt nun vollständig und im Druck dem Parlamente vor. Die erste Hälfte derselben ist durch die Presse früher schon dem Publicum übergeben worden. Die zweite Hälfte besteht zumeist aus einigen Noten des russischen und österreichischen Cabinets, sammt den Erwidern der englischen Regierung, welche letztere ihrerzeit auch schon von uns mitgetheilt worden sind. Wir wollen daher nur noch den wichtigern Theil der österreichischen und russischen Noten citiren. Die letzte von Baron Brunnow übergebene ist sehr kurz und sagt:

Wir wollen gern hoffen, daß das britische Ministerium in seiner Weisheit und Billigkeit ein Heilmittel gegen einen den Grundsätzen des Völkerrechts widersprechenden Zustand auffinden wird. Ohne die Controverse weiter zu führen, nehmen wir gegenwärtig bloß Notiz von dem durch das britische Cabinet gegebenen Versprechen, die Umtriebe der politischen Flüchtlinge zu überwachen und alle geseglichen Mittel anzuwenden, um jene an einem Mißbrauche der ihnen gewährten englischen Gastfreundschaft zu hindern, einem Mißbrauche, der darin besteht, daß sie Angriffsversuche auf mit England befreundete und verbündete Regierungen machen. Der Kaiser wird die Verwirklichung dieses Versprechens mit Vertrauen abwarten.

Eine frühere russische Note, die längste und inhaltreichste von allen, läßt sich auf eine Unterscheidung des Völkerrechts und des englischen Municipalgesetzes ein und sagt:

Durch das englische Municipalgesetz ist es Ausländern untersagt, Krieg gegen eine mit England befreundete Macht anzustiften. Aber durch das allgemeine Völkerrecht sind noch eine große Anzahl anderer Angriffe verpönt, obwohl diese nicht gerade den directen Act der Kriegführung in sich schließen. So haben 1) die italienischen Flüchtlinge die Coupons einer Anleihe ausgegeben, zum Ankauf von

Waffen und um in Italien einen Bürgerkrieg durchzuführen zu können. 2) Es sind Versammlungsplätze in London bekannt, wo die Flüchtlinge sich einfinden, um über Pläne zur Verbreitung der Empörung in Ländern, die mit England freundlich verbündet sind, zu berathen und um Emissare zu diesem Zwecke nach diesen Staaten zu senden. 3) Bei Veranlassung der letzten pariser Ereignisse haben französische Flüchtlinge in London eine Proclamation veröffentlicht, die das französische Volk zu den Waffen ruft. 4) Die Flüchtlinge haben versucht, unter den Armeen der mit England befreundeten Mächte Proclamationen und aufrührerische Schriften zu verbreiten, mit der Absicht, die Truppen der Truppen zu erschüttern. 5) Kossuth predigte während seines jüngsten Aufenthalts in England öffentlich Empörung gegen Oesterreich, häufte gegen die mit England befreundeten und verbündeten Monarchen Beleidigung auf Beleidigung, und suchte durch die allergehässige Sprache den Haß des englischen Volks gegen diese befreundeten Souveräne zu erregen. Wenn solche Handlungen nicht durch das Municipalgesetz Englands verboten sind; wenn sie nicht jene Beleidigung, von der in der Depesche vom 13. Jan. die Rede war, involviren, wenn sie nicht mit Geldbuße und Gefängniß zu bestrafen sind — läßt sich deshalb behaupten, daß sie in Uebereinstimmung sind mit der Achtung und der Rücksicht, welche nach dem allgemeinen Völkerrechte Nationen und befreundete Regierungen einander schuldig sind?

Im Verlaufe dieser Note wird dann des Weiteren auseinandergesetzt, daß, wofern das englische Municipalgesetz nur die Kraft besitzt, die Flüchtlinge an directen Kriegsrüstungen (z. B. dem Ausenden von Kriegs- und Munitionsschiffen aus englischen Häfen) zu verhindern, dieses Gesetz nicht entsprechend sei und eine Aenderung erfordere, die es mit den Statuten des allgemeinen Völkerrechts in Harmonie bringe. — Auf das Schreiben Lord Granville's an den Grafen Buol (österreichischen Gesandten), welches die Remittirung der von letzterm übergebenen Noten der modenesischen und päpstlichen Regierungen begleitete, antwortete der Gesandte Oesterreichs:

... Ich werde nicht ermangeln, Ew. Exc. Eröffnung meinem Hofe mitzutheilen. Diesem muß ich es anheimstellen, zu beurtheilen, welchen Werth er einem Borgehen zuschreiben will, das zwischen Regierungen, die gegeneinander Gefühle von Freundschaft und gutem Einvernehmen bekennen, höchstens das Resultat eines Mißverständnisses sein kann.

Die meisten andern Correspondenzstücke sind kaum mehr als officöse Bestätigungen über empfangene Zuschriften und dgl. Hervorzuheben wäre allenfalls noch die Depesche des Fürsten Schwarzenberg, in welcher er seine Befriedigung über die Ernennung des Ministeriums Derby ausdrückt. Sie ist vom 5. März datirt und beginnt in folgender Weise:

Die Mittheilung von der Bildung einer neuen Verwaltung unter der Leitung des Earl of Derby ist von dem kaiserlichen Cabinet mit einem Gefühl aufrichtiger Befriedigung empfangen worden. Die Hoffnungen, welche die bekannten Grundsätze und die ehrbaren Antecedenten des ersten Lords der Schatzkammer erregen, welche wir mit seiner Uebernahme der Verwaltung in Verbindung zu bringen berechtigt sind, haben nicht ermangelt, durch die in der Oberhausitzung des 27. Febr. von Lord Derby gehaltene Rede einen neuen Impuls zu bekommen, jener Rede, in welcher die Politik, die er einzuschlagen gedenkt, auseinandergesetzt wurde. Insofern sich diese auf die auswärtigen Angelegenheiten bezieht, sind wir so glücklich, uns den von Lord Derby mit so viel Offenheit und Klarheit ausgesprochenen Principien und Ansichten ohne Rückhalt anschließen zu können.

Hier werden einige Stellen aus Lord Derby's Antrittsrede citirt und die Depesche schließt wie folgt:

Die Absicht, welche Earl Derby bezüglich der politischen Flüchtlinge angekündigt hat, scheint uns ebenfalls derart zu sein, um fernerhin jede Veranlassung zur Discussion, zu welcher diese Frage zwischen der britischen Regierung und den Staaten des Festlandes den Stoff geliefert hat, zu entfernen. Oesterreich hat individuell England nie das Recht, politischen Flüchtlingen ein Asyl zu bewilligen, freitig gemacht. Oesterreich protestirte bloß gegen den Mißbrauch, den diese Flüchtlinge von der gebotenen Gastfreundschaft gemacht haben, indem sie zum Nachtheile der mit England verbündeten und befreundeten Staaten revolutionäre Intriguen ausbrüteten. Lord Derby hat diesen Mißbrauch gebrandmarkt, und wird ihm, wir zweifeln nicht, in der Zukunft zuvorkommen. Ich ersuche Ew. Excellenz, Lord Malmesbury sowohl wie den Earl of Derby den günstigen Eindruck, den die Erklärungen des Premier beim wiener Hofe hervorgebracht haben, mittheilen zu wollen. Sie haben hier die Hoffnung wachgerufen, daß die Beziehungen der beiden Regierungen zueinander von nun an jenen Charakter freien und innigen Vertrauens annehmen mögen, welcher durch Ereignisse, die außer dem Bereiche unsers Willens lagen, mehr oder weniger gestört worden war.

Auf diese Note antwortete Lord Malmesbury am 15. März (wie aus Walpole's Rede [Nr. 160] bekannt), und darauf folgte eine Note des Grafen Buol über die Passregulation englischer Reisender (deren Inhalt ebenfalls von Wien aus mitgetheilt ist). Der letzten Depesche war die Uebersetzung eines Artikels der Oesterreichischen Correspondenz, welche jene Passregulation im freundlichsten Geiste erklärt, beigelegt.

### Königreich Sachsen.

**Dresden, 7. April.** In der heutigen Sitzung der I. Kammer wurde die Berathung des Entwurfs zu einem Gesetze über einige Abänderungen des Gesetzes über Militärpflicht vom 9. Nov. 1848 beschlossen. Veranlassung zur Discussion gaben von den noch übrigen Paragraphen nur die §§. 19 (Eigenschaften, die der vom Einsteller im Wege freier Uebereinkunft selbst zu ermittelnde Einsitzer haben muß), 25 und 26 (Verlust des Anspruchs auf Einstandsgeld und Verpflichtung des Einstellers, einen andern Mann zu stellen), welche trotz des Widerspruchs von Seiten der Regierung einige Modificationen erfuhr. Dagegen nahm man die andern Paragraphen und den ganzen Entwurf unverändert an, woran sich noch die in der sächsischen Schrift aufzunehmende Bitte schloß, die Regierung möge der deutschen Uebersicht wegen dem neuen Gesetze die Gesetze von 1846 und 1848 beidrucken lassen. — Nachträglich haben wir noch hinzuzufügen, daß die I. Kammer noch gestern am späten Abend eine Sitzung hielt, zu welcher die Frage veranlaßt, ob der Rechenschaftsbericht erst bei dem künftigen.

Landtag  
wärtigen  
nung.  
Löhre)  
die M  
mit leb  
Vorlegu  
gemacht  
müsse,  
Auskun  
des De  
chenschaft  
vorher  
gelegent  
nach lä  
gegen 1  
bei eine  
Beschlu  
D  
Pos. 10  
tung de  
wie es  
im Ba  
nennen  
vollender  
nen. C  
sind 10  
soweit v  
könne,  
zu gew  
1,206,9  
Nöthige  
sind dur  
übrig bl  
mäßig  
für mög  
gegen A  
sie Abg.  
jene Dr  
verhandl  
fast ein  
Köly der  
Beweis  
Einiges  
here Ge  
aus dem  
gegen di  
dann der  
600,000  
thanen-  
Kammer  
nach der  
sobann  
\* Re  
fam zu  
hauses  
gen eing  
genommen  
Das Ar  
als gänz  
neues G  
und ist  
von 18-  
neuen G  
es um ei  
für es d  
menhause  
Als pass  
tenparcell  
aber der  
gärtner i  
800 Thl  
dieser Ar  
Summe  
dieselbe e  
hannishof  
Armenha  
Gartenpa  
belassen  
summe d

X, 30  
1851.) 2

Landtage, wie die II. Kammer bekanntlich beschlossen, oder noch bei dem gegenwärtigen Berathen werden solle. Hierüber war die Deputation getheilte Meinung. Die Majorität nämlich (die H. v. Bagdorf, v. Römer, Hennig und Löhr) rieth, dem Beschlusse der jenseitigen Kammer beizutreten, wogegen die Minorität (die H. v. Erdmannsdorf, v. Friesen und v. Lehmen) mit lebhafter Berufung auf strenge Verfassungsmäßigkeit ihren Antrag auf Vorlegung des Rechenschaftsberichts auf diesem Landtage richteten. Seltend gemacht wurde, daß natürlich in diesem Falle der Landtag verlängert werden müsse, und als auf die betreffende Anfrage von Seiten der Regierung keine Auskunft gegeben werden konnte, ob ein neues, den Landtag hinauschiebendes Decret zu erwarten sei, wurde ihr die Voraussetzung, daß sie den Rechenschaftsbericht nicht vorlegen wolle, entgegeng gehalten, obgleich sie schon vorher die Versicherung gegeben, daß ihr es lieber sein würde, wenn die Angelegenheit noch auf diesem Landtage berathen und erledigt werde. Bei der nach längerer Debatte erfolgenden Abstimmung trug die Minorität mit 18 gegen 15 Stimmen den Sieg davon. Vorausichtlich wird man sich jedoch bei einer so geringen Mehrheit noch mit der II. Kammer vereinigen und dem Beschlusse dieser beitreten. Die I. Kammer hat sich bis zum 14. April vertagt.

Die II. Kammer ließ sich heute von ihrer zweiten Deputation über Pos. 10 des außerordentlichen Budgets, den Bauaufwand wegen Umgestaltung der Untergesichte betreffend, Bericht erstatten. Nachdem bereits, wie es in dem letztem heißt, 56 Einzelgerichte hergestellt, 8 dergleichen im Bau begriffen sind, ist für 21 der Bau noch nicht in Angriff genommen. Von Gerichtsgebäuden der Bezirksgerichte ist das eine bereits vollendet, 8 sind im Bau begriffen, bei 5 hat der Bau noch nicht begonnen. Größere Bauten werden für 18 Bezirksgerichte erforderlich. Hiervon sind 10 bereits begonnen und 8 noch nicht in Anfang genommen. Bei den soweit vorgeschrittenen Bauten, deren Unterbrechung nur nachtheilig wirken könne, rath die Deputation zur Bewilligung der aus der Staatskasse noch zu gewährenden Summe. Zur Erfüllung des ganzen Erfordernisses von 1,206,913 Thln. habe theils die Staatskasse, theils die Landgemeinden das Nöthige bereits gewährt. Die schon verwendeten Summen (241,059 Thlr.) sind durch frühere Bewilligungen gedeckt, sodas eigentlich 677,003 Thlr. übrig bleiben, welches Postulat die Regierung aber auf 600,000 Thlr. ermäßigt hat. Bei eröffneter Debatte verwendete sich zunächst Abg. v. Polenz für möglichst schnelle Bewerksstellung der neuen Justizorganisation, wogegen Abg. Seiler von derselben kein Heil erwartete. Ihm gegenüber nahm sie Abg. Georgi in Schutz, indem er insbesondere bemerklich machte, wie jene Organisation, sowie die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverhandlungen durchaus nicht von der Opposition herrühre, sondern damals fast einstimmig von der Kammer beschlossen worden sei. Nachdem auch Abg. Kötz den Abg. Seiler widerlegt, bekam er auch noch vom Präsidenten einen Verweis wegen einer anzüglichen Bemerkung, worauf noch Abg. Haberkorn Einiges zur Widerlegung sprach. Gleichsam auf der Flucht schoß der frühere Gegner der Justizorganisation, Abg. v. Noßig, noch einen letzten Pfeil aus dem Köcher seiner Antipathie, Staatsminister Schinsky wiederholte dagegen die Versicherung möglichster Sparsamkeit, und die Kammer nahm sodann den Antrag der Deputation einstimmig an, indem sie die geforderten 600,000 Thlr. bewilligte. — Schließlich wurden die in Betreff des Unterthanen- und Heimatsgesetzes noch zu erledigenden Differenzen zwischen den Kammern auf den Vortrag des Vicepräsidenten v. Criegern ohne Debatte nach dem Deputationsvorschlage ausgeglichen. Die Kammer vertagte sich sodann bis zum 15. April.

\* Leipzig, 8. April. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung kam zuvörderst ein Communicat des Rathes, den Bau eines neuen Armenhauses betreffend, zur Mittheilung, welches, obgleich erst vor ein paar Tagen eingelaufen, als dringlich sofort von der Finanzdeputation in Berathung genommen worden war und noch in dieser Sitzung erledigt werden sollte. Das Armendirectorium beabsichtigt nämlich, da sich das jetzige Armenhaus als gänzlich baufällig und mangelhaft seit mehreren Jahren herausstellt, ein neues Gebäude aufzuführen. Es hat deshalb seit längerer Zeit gesammelt und ist so glücklich gewesen, durch verschiedene Vermächtnisse eine Summe von 18—20,000 Thln. zusammenzubringen; da nun aber die Kosten des neuen Gebäudes sich wenigstens auf 50,000 Thlr. belaufen werden, so hat es um einen Zuschuß von 12,000 Thln. aus der Stadtkasse gebeten, wofür es dann die eine der Armenanstalt gehörige Hälfte des bisherigen Armenhauses (die andere Hälfte ist bereits städtisches Eigenthum) abtreten will. Als passender Platz zur Errichtung des neuen Gebäudes sind einige Gartenparzellen im Johannisgarten am Ende des Täubchenwegs bezeichnet. Da aber der Pacht der bisherigen Besitzer dieser Parzellen, worunter ein Kunstgärtner ist, erst 1854 abläuft, so haben dieselben eine Entschädigung von 800 Thln. gefordert, zugleich aber auch den 10. April als Endtermin in dieser Angelegenheit bezeichnet. Die Finanzdeputation schlägt nun vor: die Summe von 12,000 Thln. zu verwilligen, doch unter der Bedingung, daß dieselbe erst künftiges Jahr in Anschlag gebracht werde, und daß vom Johannis-Hospital, dem das Areal gehört und welches durch Wegfall des alten Armenhauses nur gewinnen würde, ein Betrag dazu gegeben werde, die Gartenparzellen den jetzigen Besitzern, wenn möglich, noch einige Zeit zu belassen und so vielleicht eine Minderung der geforderten Entschädigungssumme zu erzielen. Das Collegium konnte indeß in seiner Majorität sich

nicht entschließen, über diese wichtige Angelegenheit sofort zu entscheiden, und beschloß, die Berathung noch auf acht Tage zu verschieben. Die Tagesordnung brachte einen anderweiten Vortrag der Finanzdeputation über das diesjährige Budget. In voriger Sitzung war bekanntlich das geforderte dritte Steuersimplum abgelehnt und beschlossen worden, die Sache noch einmal der Begutachtung zu unterwerfen. Die Deputation empfiehlt nun die Annahme des zuerst aufgestellten Budgets und schlägt vor, nunmehr wegen Deckung anderer eventueller Bedürfnisse keinen Beschluß zu fassen, sondern die Anträge des Rathes bei Eintritt der Nothwendigkeit weiterer Bewilligungen zu erwarten. Dieser Vorschlag wird genehmigt. Es folgt das Gutachten der gemischten Baudeputation über die Anlegung von Schienengleisen und einer Drehscheibe auf dem Terrain der Lagerhäuser. Er werden gefordert: 10,000 Thlr. zu Gleisanlagen und eventuell 2500 Thlr. zur Anlegung einer Drehscheibe a conto der Lagerhäuser, wobei indeß in Aussicht gestellt wird, daß durch Erhebung einer Gebühr diese Summe sich hinreichend verzinsen werde. Das Verlangte wird vom Collegium verwilligt. Ebenso erfolgt eine Nachverwilligung von 450 Thln. zur Untermauerung des Rosenthalthores und zur Gründung der Thorverschlußlinie. Da hierauf bei dem ursprünglichen Kostenanschlage von 7000 Thln. nicht Rücksicht genommen war, so wird eine Rüge gegen den Stadtrath beantragt, die aber bei Stimmengleichheit durch Entscheid des Vorsitzenden abgelehnt wird. Weiter erfolgt die Genehmigung eines in Betreff der Arrondierung des taurhaer Schloßberges mit der taurhaer Commun abgeschlossen Vergleichs, welcher gegen Ueberlassung eines größern Areal die Erwerbung zweier Grundstücke im Preise von 342 Thln. zur Herstellung einer Straße bedingt. Ferner werden nachträglich noch 773 Thlr. für mehre durch die bisherigen schlechten Schornsteine in der Wohnung des Oberkatecheten der Peterskirche nöthig gewordene Reparaturen verwilligt und schließlich wird Zustimmung zu weiterer Verpachtung der in der Nähe der Funkenburg gelegenen sogenannten Pöpschswiesen ertheilt. Die Sitzung verwandelt sich hierauf in eine geheime.

Personalnachrichten.

Ordensverleihungen. Hannover. Guelphenorden, Commandeurkreuz 1. Cl.: der preussische Geh. Oberregierungsrath Frhr. v. d. Reck, der oldenburgische Staatsrath und Chef des Finanzdepartements Krell und der oldenburgische Staatsrath und Kammerdirector Janßen; Commandeurkreuz 2. Cl.: der preussische Geh. Finanzrath Daß; Ritterkreuz: der oldenburgische Steuerdirector Meyer.

Handel und Industrie.

\* Leipzig, 8. April. Leipzig-Dresdner 164 1/2 G.; Sächsisch-Bairische 90 3/4 G.; Sächsisch-Schlesische 102 1/2 Br., 102 1/2 G.; Röhren-Bittauer 24 G.; Magdeburg-Leipziger 237 Br., 236 1/2 G.; Berlin-Anhaltische 124 1/2 Br., 124 G.; Berlin-Stettiner 134 1/2 G.; Köln-Mindener 112 1/2 G.; Thüringer 82 1/2 Br., 82 G.; Friedrich-Wilhelm-Nordbahn 44 G.; Altona-Kieler 107 1/2 Br.; Anhalt-Deffauer Landesbankact. Lit. A. 150 G., Lit. B. 130 Br., 129 G.; Wiener Banknoten 82 1/2 Br., 82 G.

Leipziger Börse am 8. April 1852.

Table with columns: Course, Angebots, Gesucht, Staatspapiere, Actien, Angebots, Gesucht. Lists various financial instruments and their market status.

\* i. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Beuiletton.

X, „Joseph Rank, Moorgarden. Eine Erzählung.“ (Stuttgart, Köhler 1851.) Mit einer kleinen Erzählung, „Moorgarden“ betitelt, hat Joseph Rank

eine Reihe von Zeitgemälden eröffnet, deren jedes im eigenen Rahmen abgeschlossen sein, zugleich aber mit den folgenden in mannichfacher Beziehung ein zusammen-

Hängendes Ganze bilden soll. Hart bis in unsere Gegenwart herein werden die spärlichen dieser Bücher ihre Linien ziehen, „Moorgarden“ ist noch in das Jubel- und Abendjahr 1948 gesetzt. Während andere Bücher oftmals durch ihre Einzelheiten fesseln und dadurch den Mangel eines günstigen Lotalindrucks zu entschädigen suchen, liegt der Reiz der Rank'schen Erzählung gerade in der Gesamterfindung, in der gleichmäßigen, sauberen, kunstlosen Anordnung. Bis auf die kernige Ausdrucksweise herab hält Rank an seinem Motto fest: „Den Mächtigen schmeichelt man genug, ich schreibe Volk allein von Dir.“ Der in seinem Buche angeschlagene volkthümliche Ton erinnert an Auerbach, der ebendamals als „Gewaltersmann“ durch die Bauernstuben wanderte und den gepugten Stadtkoch auch ablegte; wenn ihn sein Publicum in Hembärmeln umstand. „Moorgarden“ ist eine Kraftnatur, die unter dem ancien régime sich mit unbedingter Anhänglichkeit zu dem Bestehenden bekannte. Die Autorität des Staats war ihm Gewohnheit, mit all ihren Sünden ist sie ihm glaub- und ehrwürdig geworden, der schärfsten Strenge im großen Regimente nicht er Weisheit, weil er im kleinen Hauswesen ihrer selbst bedarf. Da greift der Polizeistaat auch ihm an den Nacken, ein persönlicher Conflict öffnet ihm, der sich schuldlos weiß, und freilich so süßlicher Anregung bedurfte, die lange geschlossenen Augen: und die stieliche Natur des hochconservativen Mannes, dem Freundes Hand den Samen der Belehrung leid eingestreut hat, lehrt ihre ganze Macht nun gegen die entweichende Gewalt des alten Staats. Diese Entwicklung klingt in kurzer Skizze pathetischer, als sie in der Ausführung bei Rank erscheint. Bei alledem absorbiert Moorgarden als Person nicht das Interesse für die, welche um ihn leben. Er selbst trägt zu wenig politischen Schwerpunkt in sich, als daß er nicht Zeitung und Stütze suchen müßte; so liegt schon in seinem Charakter der Hinweis auf Andere. Die praktische Lebenserfahrung, die Bauernweisheit im besten Sinne repräsentiert nicht er, sondern Friedländer. Dieser hat den Bauernkrieg studiert und dessen Geschichte nicht ungenüht gelassen. Seine Friedenspredigt an die vorzeitig aufständischen Genossen ist ein Musterstück prunkloser Beredsamkeit: „Die Bauern wurden erschlagen, wie schädliche Thiere, und statt ihre Lage zu verbessern, wurde ihre Lage ärger als vordem. Erst am Staatskarren ziehen wie die Stiere und das Unglaubliche tragen wie die Esel, dann losfahren und dreinschlagen wie ein Bär und zuletzt todgeschlagen werfen wie ein Hund — das war das Loos eurer Vorfahren und das ist auch euer Loos, wenn ihr dreinfahrt, ohne euer Werk erst recht ins Aug' zu fassen.“ Wer sollte da widerstehen und nicht lustigen Nummernschanz einer heillosen Revolution vorziehen? Wachte doch auch der Jubel Denen, die da fürchten, nicht mindere Sorge, als finstere Drohen. Diese Erfahrung belegt Rank sehr humoristisch, seine Capitel „eine Amtsansprache“ und „Die nächste Folge“ gehören zu den lebenswahrsten Genrebildern, die nur denkbar sind.

\* London, 4. April. Vom 1. Juni angefangen sollen während vier Wochen im St. James Theater deutsche Lust- und Schauspiele gegeben werden. Wie wir hören, interessieren sich die Königin, Prinz Albert, Ritter Bunten und viele hervorragende Mitglieder der Aristokratie für dieses Unternehmen, das bei der Lust und Liebe, mit welcher hier in den letzten Jahren die deutsche Sprache studiert wird, mit Recht ein zeitgemäßes zu nennen ist. Hr. Wilhelm, die H. H. Emil Devrient, Brunert u. sind engagiert. Diese deutschen Vorstellungen sollen mit Goethe's „Egmont“ eröffnet werden. Nächst andern klassischen deutschen Stücken und der Vorführung des „Hamlet“ in deutscher Bearbeitung sollen die Engländer auch etwas von dem modernen Drama (Gorkow, Laube) zu sehen bekommen. Wir hoffen, das vollständige Programm der aufzuführenden Stücke nächstens mittheilen zu können. — In Greter Hall wurde gestern die „Schöpfung“ auf großartige Weise aufgeführt. Die Hauptpartien wurden von Mad. Clara Novello,

den H. H. Formes und Sims Reeves gesungen. Für Mittwoch in der Passionswoche ist der „Messias“ angekündigt. — Hr. Janza, früher Professor am Wiener Conservatorium, veranstaltet eine Reihe klassischer Concerte. Das erste in der Reihe findet heute Abend statt.

\* Es ist nun ganz sicher, schreibt man der Weser-Zeitung aus München, daß außer Pfeuffer auch Liebig und Rudolf Wagner den Ruf nach München angenommen haben. König Max, der sich speciell für Agriculturchemie interessiert, hat es durch einen Zuschuß aus seiner Cabinetskasse möglich gemacht, die ziemlich hohen Forderungen des berühmten Chemikers von Gießen zu erfüllen. Liebig erhält eine jährliche feste Besoldung von 6000 Fl. Auch soll ihm der Bau eines Laboratoriums und die Anstellung seiner drei Assistenten zugesichert sein. Die ultramontanen Blätter, selbst die Augsburger Postzeitung, ziehen gegen diese Berufungen heftig zu Felde. Selbst Rudolf Wagner, einer der wenigen frommgläubigen Naturforscher, wird von letztgenanntem Blatte hämisch angegriffen. Ringbeis wird noch so lange bleiben, als das Ministerium dauert. Hr. Dönniges äußerte zu einem seiner Bekannten: er habe Hoffnung, die ihm zugemuthete diplomatische Mission vermeiden zu können. Dingelstedt hat um seine Entlassung nachgesucht. Der gegen ihn eingeleitete Proceß wegen Mißhandlung des Literaten Bogt dürfte noch im Laufe dieses Monats zur öffentlichen Verhandlung vor dem Stadtgericht kommen. Man glaubt, der Spruch desselben dürfte auf 14 Tage Gefängniß lauten.

\* Aus Gotha vom 3. April wird dem Nürnberg Correspondenten geschrieben: Am gestrigen Abend 8 Uhr verschied im hiesigen Krankenhause Theodor Althaus, bekannt durch die Leidensgeschichte seiner letzten Lebensjahre. Vor einigen Jahren Redacteur der Zeitung für Norddeutschland, eines demokratischen Blattes, hatte er sich Verfolgung und Untersuchung zugezogen, die ihn ins Gefängniß brachte. In demselben schrieb er sein Buch: „Aus dem Gefängniß“. Ein Jahr war er im Kerker, das zweite wurde ihm erlassen, denn schon hatte sich in seinem Körper ein Leiden festgesetzt, das sich nach und nach zu einer Witzverhärtung und Erweiterung gestaltete. Im November des vorigen Jahres kam er hierher, um Hilfe durch die elektromagnetischen Apparate des Professor Hassenstein zu suchen. Vergebens hoffte er auf Besserung; sein Leiden hielt ihn an Gotha und seit drei Monaten ans Bett gefesselt. Sein Vater, Generalsuperintendent Althaus in Detmold, besuchte ihn noch in den letzten Wochen, ohne die Hoffnung auf Genesung seines Sohnes mit fortnehmen zu können. Ein Starckampf war es, der dem Leben des kaum dreißigjährigen jungen Mannes ein Ende machte. Gute Pflege hat ihn, wie er selbst aussprach, die Heimat kaum vermissen lassen. Obgleich er hier wenige Bekannte hat, wird seinem Sarge doch ein Zug folgen, da sich die hier lebenden Schriftsteller und Künstler zur Leichenbegleitung verabredet haben.

\* Halle, 7. April. Prof. Burmeister ist von seiner wissenschaftlichen Reise nach Brasilien zurückgekehrt und verweilt gegenwärtig in Altona. Welche Ausbeute die Wissenschaft durch diese Reise des anerkannten Naturforschers gewonnen haben wird, das werden wir jedenfalls schon in nächster Zeit erfahren; unbedeutend kann und wird der Gewinn keinesfalls sein, das läßt sich von einem Manne von Burmeister's Lichtigkeit gar nicht anders erwarten. — Der naturwissenschaftliche Verein hat seine Sitzungen für das Wintersemester am 31. März geschlossen. Die letzte Sitzung war besonders zahlreich besucht, weil über einen besonders interessanten Gegenstand, die Riesenthier der Urwelt, gelesen wurde. Das Resultat der Untersuchung ergab aber, daß die sogenannten Riesenthier nicht größer als die in der Jetztzeit lebenden, ja daß gewisse Epochen der Urwelt ärmer an größern Thieren gewesen als die Gegenwart.

## Ankündigungen.

Anzeigen werden angenommen in den Expeditionen in Leipzig (Querstraße, Nr. 8) und Dresden (bei C. Höckner, Neustadt, An der Brücke, Nr. 2).

Sold by **F. A. Brockhaus**, Leipzig: [831]  
**The Principles of nature, her divine revelations, and a voice to mankind.**  
 By and trough **A. J. Davis**,  
 the „Poughkeepsie seer“ and „Clairvoyant“.  
 10th edition. A thick volume in 8vo. New-York, 1852. 7 Thlr. 10 Ngr.

**Local-Veränderung.**  
 Das Geschäftslocal von **S. Albrecht** befindet sich von jetzt ab  
**Brühl Nr. 22, 1 Treppe hoch.**  
 Leipzig, 2. April 1852. [819-20]

### Höchst wichtige Erfindung für Spinnerreibesiger und Tuchfabrikanten.

Die Kämmlinge (Auspuß) sind wir im Stande dergestalt zu reinigen, daß sie wieder zu schöner, weißer und leichter Wolle werden, und wird von 2, und wenn der Auspuß sehr schwer ist, von 3 Centnern des letztern, ein Centner Wolle gewonnen, und zwar dergestalt, daß diese zu all und jeder Fabrikation geeignet ist. Die Reinigung selbst kostet nicht mehr als 20 Sgr. pro Centner, und sind weder neue Einrichtungen noch sonstige Maschinen erforderlich, vielmehr kann dazu jedes Local benutzt, in einigen Stunden jede beliebige Quantität gereinigt werden, und sind die dazu nötigen Stoffe überall sehr billig zu haben.  
 Zudem wir für alles dieses garantiren, sind wir bereit unsere Erfindung einem unternehmenden Manne in unserer Fabrik praktisch zu lehren oder auch durch eine deutliche, leicht faßliche Beschreibung mitzutheilen, und verlangen wir nur erst dann ein angemessenes Honorar, wenn sich ein Jeder von dem Vortheil unserer Erfindung vollständig überzeugt hat. Atteste der größten Fabrikbesitzer Preußens sind wir auf Verlangen einzusenden bereit.

Die Techniker **L. Gumbinner & Comp.** in Berlin, Schußhauser-allee 144. [815]

### Local-Veränderung.

Das Lager der Fabrik von  
**Julius Dannenberg**  
 in Zittau

bestehend in glatten u. faconirten Orleans, Paramattas Victorias, glatten u. faconirten Orleans u. Paramattas, Alpaca-, Mixed-, Lustre-, Wool- und Union-Lastings etc. etc., befindet sich von nächster Jubilate-Messe ab **Brühl Nr. 11**, vis-à-vis der Goldenen Entle. [768-70]

### Agentur-Gesuch.

[822-24]

Ein in Bayern wohnender thätiger und routinierter Kaufmann, der seit einer Reihe von Jahren die Holzverlehnungen regelmäßig bereitt, wünscht noch ein Paar rentable Agenturen zu übernehmen. Gefällige Offerte unter R. & C. an die Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung.

### Meß-Local.

Für nächste Leipziger Jubilate-Messe ist in frequenter Lage der Stadt, nahe am Markt, ein heizbares großes Verkaufsgewölbe nebst Comptoir u. für den äußerst billigen Preis von 175 Thlrn. zu vermieten. Näheres auf Briefe an Herrn **C. A. Schniebs** in Leipzig unter Angabe der führenden Artikel. [830]